

## Öffentliche Finanzen

### Öffentlicher Gesamthaushalt

---

Die große Koalition hat der Sanierung der Staatsfinanzen grundsätzlich hohe Priorität eingeräumt.<sup>1)</sup> Ein größerer Konsolidierungsschritt wird aber erst für das Jahr 2007 angestrebt. Im laufenden Jahr wird sich somit die Lage der öffentlichen Finanzen kaum verbessern. Ausgehend von 3,3 % im Vorjahr dürfte die Defizitquote aber auf Grund einer günstigen konjunkturellen Entwicklung leicht sinken. Die im EG-Vertrag verankerte Obergrenze von 3 % könnte daher – bei sparsamer Ausgabenpolitik – im laufenden Jahr zum ersten Mal seit 2001 wieder eingehalten werden.

*3 %-Grenze  
könnte im  
laufenden Jahr  
eingehalten  
werden*

Die gesamtstaatliche Einnahmenquote (VGR-Abgrenzung), die 2005 noch leicht zugenommen hatte, dürfte im laufenden Jahr wieder sinken. Dazu trägt bei, dass die Sozialversicherungsabgaben bei praktisch unveränderten Beitragssätzen kaum zunehmen werden.<sup>2)</sup> Ausschlaggebend hierfür ist nach wie vor der im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) geringere Anstieg der Bruttolohn- und -gehaltssumme. Außerdem dürften die nichtsteuerlichen Einnahmen abnehmen, weil außergewöhnliche Zuflüsse (im Jahr 2005 vor allem Beihilferückzahlungen von Landesbanken) nunmehr entfallen. Dagegen spielen steuerrechtliche Änderungen per saldo keine Rolle, weil sich geringfügige Mindereinnahmen aus neuen Regierungsbeschlüssen und

*Staatliche  
Einnahmen-  
quote 2006  
leicht rückläufig*

---

1 Vgl. zu den Koalitionsvereinbarungen auch: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht, November 2005, S. 54 f., sowie zum aktualisierten deutschen Stabilitätsprogramm: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht, März 2006, S. 9 f.

2 Die Vorverlegung von Abführungsterminen für Sozialbeiträge wirkt sich in der Abgrenzung der VGR auf Grund der periodengerechten Verbuchung nicht aus.

Mehreinnahmen infolge bereits zuvor getroffener Maßnahmen nahezu ausgleichen.

*Ausgabenwachstum sowohl 2006 ...*

Auf der Ausgabenseite des Staatshaushalts ist weiter mit einer recht gedämpften Entwicklung zu rechnen. Die Mehrausgaben im Rahmen des Wachstumsprogramms der neuen Regierung sind im laufenden Jahr noch begrenzt. Zudem stehen diesen Belastungen Kürzungen bei den Arzneimittelaufwendungen der Krankenkassen und den Verwaltungskosten gegenüber. Insgesamt halten sich die zuletzt beschlossenen Mehr- und Minderausgaben annähernd die Waage. Dass die staatliche Ausgabenquote spürbar sinken dürfte, geht letztlich auf die bereits früher angelegte moderate Ausgabenentwicklung und konjunkturbedingte Entlastungen zurück. So werden die Ausgaben für die Alterssicherung nur begrenzt steigen, weil keine Rentenanpassung vorgenommen wird. Außerdem dürften vor allem die Personalausgaben infolge des Beschäftigungsrückgangs und der moderaten Entgeltentwicklung im öffentlichen Dienst erneut sinken. Beim Arbeitslosengeld II ist zwar nochmals von einem Anstieg auszugehen. Da die Aufwendungen der Bundesagentur für Arbeit aber merklich abnehmen dürften, könnten die arbeitsmarktbedingten Ausgaben insgesamt ebenfalls zurückgehen. Daneben profitiert der Staat auch nach dem jüngsten Zinsanstieg weiterhin von günstigen Finanzierungsbedingungen.

*... als auch 2007 recht moderat*

Im Jahr 2007 dürfte sich bei Verzicht auf zusätzliche ausgabenerhöhende Maßnahmen und bei einer sparsamen Haushaltsführung das Ausgabenwachstum nur geringfügig beschleunigen. Die Ausgabenquote könnte

dann noch etwas stärker sinken als 2006, weil das nominale BIP auf Grund des Effekts der (geplanten) Mehrwertsteuererhöhung auf den BIP-Deflator schneller wachsen dürfte. Den etwas zunehmenden Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Wachstumsprogramm und ausgabenseitigen Belastungen auf Grund des Kostenanstiegs durch die Mehrwertsteuererhöhung stehen wachsende Einsparungen bei der Eigenheimzulage und den Investitionszulagen gegenüber. Eine Rentenanpassung ist aus heutiger Sicht auch 2007 kaum zu erwarten, und die Personalausgaben dürften weiter abnehmen. Die arbeitsmarktbedingten Ausgaben könnten unter anderem auf Grund der sich dann erstmalig auswirkenden Kürzung der maximalen Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I und der geplanten Verschärfung der Anspruchsvoraussetzungen für das Arbeitslosengeld II deutlich sinken. Auch die verminderten Rentenversicherungsbeiträge des Bundes für Empfänger von Arbeitslosengeld II tragen hierzu bei. Allerdings sind damit Einnahmenverluste bei der Rentenversicherung verbunden.

Die Entwicklung der Staatseinnahmen wird 2007 einerseits von den angekündigten finanzpolitischen Maßnahmen geprägt, die insgesamt zu merklichen Mehreinnahmen führen. Dabei darf aber nicht übersehen werden, dass einnahmensteigernden Maßnahmen, wie der geplanten Erhöhung des Regelsatzes der Umsatz- und der Versicherungssteuer sowie dem Anstieg der Beitragssätze zur Renten- und möglicherweise auch zur Krankenversicherung, zunehmende Ausfälle auf Grund des steuerlichen Teils des Wachstumspakets und vor allem die Senkung des

*Einnahmenentwicklung 2007 durch Rechtsänderungen und gesamtwirtschaftliche Bedingungen geprägt*

Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um zwei Prozentpunkte gegenüberstehen. Insgesamt könnten sich die Mehreinnahmen durch im kommenden Jahr wirksam werdende Rechtsänderungen auf knapp  $\frac{3}{4}$  % des BIP belaufen.<sup>3)</sup> Andererseits dürften sich die gesamtwirtschaftlichen Bezugsgrößen wichtiger Abgaben deutlich schwächer entwickeln als das durch die Mehrwertsteueranhebung erhöhte nominale BIP.<sup>4)</sup> Alles in allem dürfte die staatliche Einnahmenquote etwas zunehmen.

*Auflagen des verschärften Defizitverfahrens könnten gerade erfüllt werden*

Die Defizitquote könnte 2007 deutlich unter 3 % sinken und in struktureller Betrachtung um etwa einen Prozentpunkt zurückgehen. Damit würde den Auflagen des Ecofin-Rats gerade entsprochen. Dieser hatte das Defizitverfahren gegen Deutschland im März verschärft.<sup>5)</sup> Deutschland wurde aufgefordert, das übermäßige Defizit so schnell wie möglich, spätestens aber 2007 zu korrigieren und die strukturelle Defizitquote im laufenden und kommenden Jahr zusammen genommen um mindestens einen Prozentpunkt zurückzuführen. Die grundsätzlich im Stabilitäts- und Wachstumspakt festgelegte Anforderung, dass Länder mit übermäßigem Defizit als Richtwert eine jährliche Verbesserung des strukturellen Haushaltssaldos um mindestens 0,5 % des BIP erzielen sollen, wird allerdings 2006 von Deutschland deutlich verfehlt.

Die Bundesregierung hat sich zu Recht ausdrücklich zur grundlegenden Sanierung der Staatsfinanzen bekannt. Im Rahmen eines umfangreichen Maßnahmenpakets sind vor allem Steuersatzerhöhungen vorgesehen, insbesondere bei der Umsatz- und der Versicherungs-

steuer, aber auch bei der Einkommensteuer. Die Bundesbank hat wiederholt darauf hingewiesen, dass eine stärker ausgabenseitig orientierte Konsolidierung vorzuziehen wäre. Auch eine gleichmäßigere Verteilung der Konsolidierung auf 2006 und 2007 wäre wünschenswert. Dem stünde auch die zu erwartende gesamtwirtschaftliche Entwicklung nicht entgegen. Vor dem Hintergrund der nationalen und internationalen haushaltsrechtlichen Bestimmungen sowie der Tatsache, dass der Abstand zur 3 %-Grenze nicht groß und die konjunkturelle Entwicklung im laufenden Jahr eher günstig ist, sollte Deutschland bestrebt sein, die 3 %-Grenze bereits 2006 zu erreichen, und gleichzeitig an dem für 2007 geplanten Konsolidierungsumfang festhalten. Es entspräche der Intention des Paktes, bei günstiger als erwarteter konjunktureller Entwicklung die Konsolidierungsanstrengungen zu verstärken.

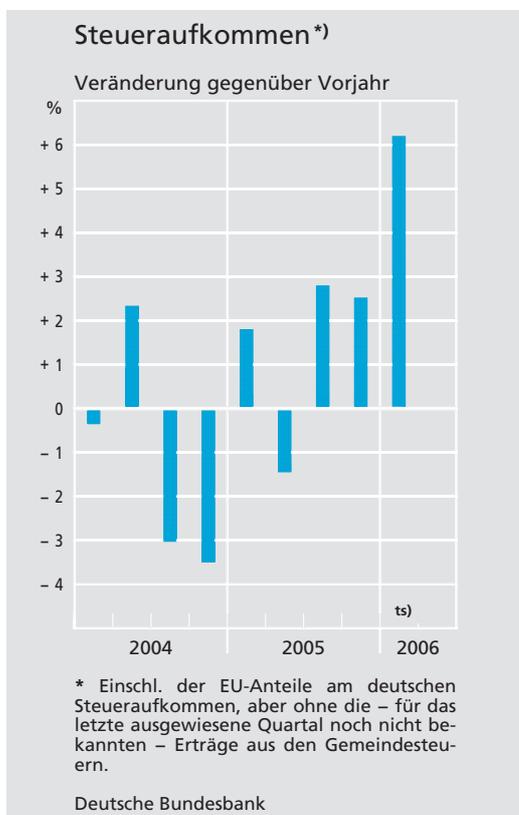
Auch wenn die 3 %-Grenze unterschritten ist, darf die Konsolidierung der Staatsfinanzen

*Mittelfristig weitere Konsolidierung notwendig*

<sup>3</sup> Im Unterschied zur Übersicht auf S. 58 sind hierin auch die Auswirkungen bereits vor längerer Zeit beschlossener Maßnahmen und rechtliche Änderungen im Bereich der Sozialversicherungen berücksichtigt. Außerdem wird hier auf die Abgrenzung der VGR Bezug genommen.

<sup>4</sup> Die Abkopplung wichtiger steuerlicher Bemessungsgrundlagen von der Entwicklung des nominalen BIP wird durch die Mehrwertsteueranhebung verstärkt. So wird über den Preiseffekt das nominale BIP erhöht. Es ergibt sich aber kein direkter Einfluss auf das Volkseinkommen, das die Bemessungsgrundlage gewichtiger Staatseinnahmen (Lohnsteuer, Sozialbeiträge, gewinnabhängige Steuern) bildet. Auch steigt durch den Einfluss der Mehrwertsteuererhöhung auf die Preise u. a. der nominale private Konsum (einschl. Umsatzsteuer), nicht aber die Bemessungsgrundlage der Umsatzsteuer selbst. Wirkungen auf den nominalen privaten Konsum vor Steuern entstehen erst durch gesamtwirtschaftliche Rückwirkungen sowie Ausweichreaktionen und zeitliche Verlagerungen, die sich aus Verhaltensanpassungen der Konsumenten auf die Steuererhöhung ergeben.

<sup>5</sup> Vgl. zum Defizitverfahren gegen Deutschland auch den Kurzbericht in: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht, März 2006, S. 8.



keinesfalls als abgeschlossen angesehen werden. Für eine merkliche Rückführung der Schuldenquote und zur Vorbereitung auf die demographisch bedingten zukünftigen Haushaltsbelastungen ist es vielmehr notwendig, das strukturelle Haushaltsdefizit weiter zügig zu vermindern. Nur so können auch die verfassungsrechtlichen Verschuldungsgrenzen wieder strukturell eingehalten und im weiteren Verlauf das im nationalen und europäischen Haushaltsrecht enthaltene Ziel eines annähernden Haushaltsausgleichs erreicht werden. Hierfür wäre darauf zu achten, dass die angekündigten wichtigen finanzpolitischen Reformen der Krankenversicherung, der Einkommens- und Unternehmensbesteuerung und der Finanzverfassung nicht zu höheren Defiziten führen. Dabei sind mit Blick auf die mittel- und längerfristigen Wachs-

tumsbedingungen grundsätzlich ausgaben- seitige Strategien Abgabenerhöhungen vorzuziehen.

## Haushalte der Gebietskörperschaften<sup>6)</sup>

### Steuereinnahmen

Die Steuereinnahmen<sup>7)</sup> stiegen im ersten Quartal kräftig um 6 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahrszeitraum.<sup>8)</sup> Hierzu haben Zuwächse bei den meisten Einzelsteuern beigetragen, die zum Teil allerdings mit Sonderentwicklungen zusammenhingen.

*Steuereinnahmen im ersten Quartal deutlich gestiegen*

Der Anstieg der Lohnsteuer um 1% entspricht etwa der für das Gesamtjahr erwarteten Rate. Das Ergebnis bei der veranlagten Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer lag erneut deutlich über dem Vorjahrsniveau. Hierin dürfte sich vor allem die günstige Gewinnentwicklung widerspiegeln. Zu dem Anstieg beigetragen haben aber auch Einschränkungen bei der Eigenheimzulage, deren Auszahlungen vom Kassenaufkommen der veranlagten Einkommensteuer abgesetzt werden. Dies wurde zu einem guten Teil jedoch dadurch aufgewogen, dass die im Vorjahr verzeichneten Zuflüsse im Zusammenhang mit der Steueramnestieregelung nicht mehr anfielen. Unter den verbrauchsabhängi-

<sup>6</sup> Der folgenden Berichterstattung liegt die haushaltsmäßige (finanzstatistische) Abgrenzung zu Grunde.

<sup>7</sup> Einschl. der EU-Anteile am deutschen Steueraufkommen, aber ohne die für das erste Quartal noch nicht bekannten Erträge aus den Gemeindesteuern. Streikbedingt liegen die saarländischen Ergebnisse erst bis Februar vor. Die Angaben enthalten daher Schätzungen.

<sup>8</sup> Siehe auch die Tabelle auf S. 57 sowie den Statistischen Teil dieses Berichts.

gen Steuern wuchsen die Einnahmen aus der Umsatzsteuer um 3%. Damit hat sich die positive Tendenz aus dem zweiten Halbjahr 2005 fortgesetzt, wobei die unterjährige Umsatzsteuerentwicklung recht volatil ist. Das Mineralölsteueraufkommen erhöhte sich trotz des weiterhin rückläufigen Kraftstoffverbrauchs um gut 1½%. Das Aufkommen im ersten Quartal ist regelmäßig niedrig und insofern für das Gesamtjahr von relativ geringer Bedeutung. Im Zuwachs bei der Tabaksteuer (11½%) spiegelt sich vor allem die letzte Tarifanhebung zum September 2005 wider. Merklich stiegen auch das Kraftfahrzeugsteueraufkommen nach dem Auslaufen von Steuerbegünstigungen für schadstoffarme PKW und die Grunderwerbsteuereinnahmen im Zusammenhang mit den verstärkten Immobilienkäufen vor der Abschaffung der Eigenheimzulage für Neufälle zum Jahresende 2005.

*Aufkommenserwartungen für 2006 angehoben*

Für das Gesamtjahr 2006 wird gemäß der neuen offiziellen Steuerschätzung vom Mai mit einem Aufkommensanstieg (inkl. Gemeindesteuern) um 3% gerechnet. Die Erwartungen wurden damit um 8 Mrd € gegenüber der letzten offiziellen Schätzung vom November 2005 angehoben. In der Revision spiegeln sich das deutlich höhere Aufkommen im Basisjahr 2005 (+ 4 Mrd €) sowie die nun günstiger eingeschätzte gesamtwirtschaftliche Entwicklung wider.<sup>9)</sup> Dem stehen Ausfälle auf Grund zwischenzeitlich verabschiedeter Steuerrechtsänderungen gegenüber (– 1½ Mrd €). Ausschlaggebend für die Korrektur sind die Revisionen bei den gewinnabhängigen Steuern (+ 7½ Mrd €), die sich im ersten Quartal 2006 wie bereits in den bei-

### Steueraufkommen insgesamt und wichtiger Einzelsteuern

| Steuerart                               | 1. Vierteljahr |                     | Schätzung für 2006 <sup>3)</sup>   |                                    |
|---|----------------|---------------------|------------------------------------|------------------------------------|
|   | 2005           | 2006 <sup>ts)</sup> | Veränderung gegenüber Vorjahr in % | Veränderung gegenüber Vorjahr in % |
|   | Mrd €          |                     |                                    |                                    |
| Steuereinnahmen insgesamt <sup>1)</sup> | 90,4           | 96,0                | + 6,2                              | + 2,7                              |
| darunter:                               |                |                     |                                    |                                    |
| Lohnsteuer                              | 27,9           | 28,2                | + 1,0                              | + 1,1                              |
| Veranlagte Einkommensteuer              | – 3,8          | – 2,1               | .                                  | + 36,7                             |
| Kapitalertragsteuern <sup>2)</sup>      | 5,8            | 5,4                 | – 6,6                              | + 3,6                              |
| Körperschaftsteuer                      | 4,4            | 5,2                 | + 17,7                             | + 14,2                             |
| Umsatzsteuern                           | 34,9           | 35,9                | + 3,0                              | + 1,8                              |
| Mineralölsteuer                         | 4,4            | 4,5                 | + 1,7                              | – 2,0                              |
| Tabaksteuer                             | 2,5            | 2,8                 | + 11,5                             | + 3,0                              |

<sup>1</sup> Einschl. der EU-Anteile am deutschen Steueraufkommen, aber ohne die für das ausgewiesene Quartal noch nicht bekannten Erträge aus den Gemeindesteuern. — <sup>2</sup> Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag und Zinsabschlag. — <sup>3</sup> Laut offizieller Steuerschätzung vom Mai 2006.

Deutsche Bundesbank

den vorangegangenen Jahren sehr dynamisch entwickelten. Insgesamt wird für das laufende Jahr ein Anstieg der Steuerquote (in finanzstatistischer Abgrenzung) auf 20,3% prognostiziert.

Im kommenden Jahr wird die Aufkommensentwicklung maßgeblich durch die Erhöhung des allgemeinen Umsatzsteuersatzes bestimmt.<sup>10)</sup> Die hiermit verbundenen Mehreinnahmen (+ 19½ Mrd €) sind auch für den

*2007 kräftiger Anstieg der Steuerquote wegen Mehrwertsteuererhöhung*

<sup>9</sup> Die Bundesregierung erwartet für das Jahr 2006 ein Wachstum des BIP von nominal 2% und real 1,6%, während im November 2005 von nominal 1,8% und real 1,2% ausgegangen worden war. Für 2007 wird nun mit einer Zunahme um nominal 2,3% bzw. real 1,0% gerechnet.

<sup>10</sup> In der offiziellen Steuerschätzung wurden auch die Auswirkungen des noch nicht verabschiedeten Haushaltsbegleitgesetzes 2006 berücksichtigt, das insbesondere die Anhebung des allgemeinen Umsatzsteuersatzes vorsieht.

## Finanzielle Auswirkungen neuer steuerlicher Maßnahmen \*)

Mrd €; Mindereinnahmen (-)

| Maßnahme   | 2006  | 2007  | 2008  | 2009  | 2010   |
|--|-------|-------|-------|-------|--------|
| <b>Aufkommenserhöhende Maßnahmen insgesamt</b>   | 1,1   | 27,8  | 35,2  | 37,9  | - 39,0 |
| Anhebung von Steuersätzen  | 0     | 21,3  | 25,2  | 26,3  | 26,7   |
| Allgemeiner Umsatzsteuersatz (von 16 % auf 19 %)   | 0     | 19,4  | 22,8  | 23,3  | 23,8   |
| Versicherungsteuer (insbesondere Regelsatz von 16 % auf 19 %)  | 0     | 1,7   | 1,7   | 1,6   | 1,6    |
| Höchsteuersatz Einkommensteuer (auf 45 %) bei Entlastung von Gewinneinkünften  | 0     | 0,1   | 0,8   | 1,3   | 1,3    |
| Weitere Maßnahmen  | 1,1   | 6,6   | 10,0  | 11,6  | 12,3   |
| Abschaffung Eigenheimzulage für Neufälle   | 0,2   | 1,5   | 2,2   | 3,0   | 3,7    |
| Beschränkung Verlustverrechnung bei Steuerstundungsmodellen  | 0,6   | 1,6   | 2,1   | 2,1   | 2,1    |
| Beschränkung Entfernungspauschale  | 0     | 1,3   | 2,5   | 2,5   | 2,5    |
| Reduzierung Sparerfreibetrag   | 0     | 0,6   | 0,8   | 0,8   | 0,8    |
| Beschränkung Kindergeld/Kinderfreibetrag   | 0     | 0     | 0     | 0,7   | 0,5    |
| Abschaffung Sonderausgabenabzug privater Steuerberatungskosten   | 0     | 0,3   | 0,6   | 0,6   | 0,6    |
| Sonstige   | 0,3   | 1,3   | 1,8   | 2,0   | 2,1    |
| <b>Aufkommenssenkende Maßnahmen insgesamt</b>  | - 2,8 | - 5,7 | - 6,8 | - 5,3 | - 1,9  |
| Anhebung der degressiven AfA für bewegliche Wirtschaftsgüter   | - 1,1 | - 3,7 | - 4,8 | - 3,0 | 0,1    |
| Steuerermäßigung für Arbeitskosten bei bestimmten haushaltsnahen Leistungen  | - 0,4 | - 1,2 | - 1,2 | - 1,2 | - 1,2  |
| Absetzbarkeit von erwerbsbedingten Kinderbetreuungskosten  | - 0,1 | - 0,5 | - 0,5 | - 0,5 | - 0,5  |
| Ausdehnung der Umsatzgrenzen bei der Ist-Versteuerung  | - 1,2 | - 0,3 | 0     | 0     | 0,3    |
| Verlängerung Investitionszulage  | 0     | 0     | - 0,3 | - 0,6 | - 0,6  |
| <b>Maßnahmen insgesamt</b>   | - 1,7 | 22,2  | 28,4  | 32,6  | 37,1   |
| Nachrichtlich: Unterstützung Beitragssatzsenkung Bundesagentur für Arbeit durch Aufkommen eines Mehrwertsteuerpunkts | 0     | - 6,5 | - 7,6 | - 7,8 | - 8,0  |

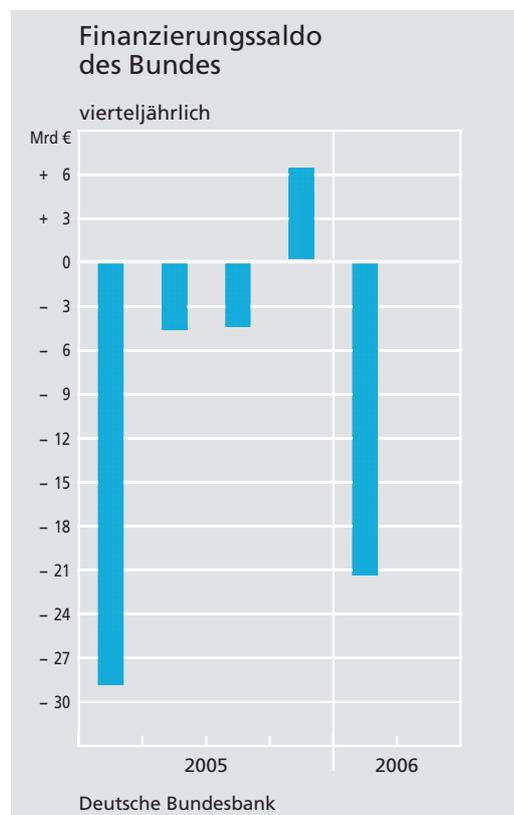
\* Gesetze zur Abschaffung der Eigenheimzulage, zum Einstieg in ein steuerliches Sofortprogramm, zur Beschränkung der Verlustverrechnung im Zusammenhang mit Steuerstundungsmodellen, zur Eindämmung missbräuchlicher Steuergestaltungen und zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung; Entwürfe eines Haushaltsbegleitgesetzes 2006, eines Steueränderungsgesetzes 2007, eines Investitionszulagengesetzes 2007, zur Neurege-

lung der Besteuerung von Energieerzeugnissen und zur Änderung des Stromsteuergesetzes. Nicht berücksichtigt sind die darüber hinaus geplanten Änderungen bei der Besteuerung von Biokraftstoffen. Für das Jahr 2008 ist außerdem das In-Kraft-Treten von Neuregelungen im Bereich von Unternehmens- und Kapitaleinkommensbesteuerung angekündigt. Quelle: Verschiedene Bundestagsdrucksachen, eigene Berechnungen.

prognostizierten Anstieg der Steuerquote auf 21,1% ausschlaggebend. Auch in den folgenden Jahren bis 2010 kommt es durch die Wirkung der berücksichtigten Rechtsänderungen per saldo zu Mehreinnahmen, und die Steuerquote steigt weiter leicht auf 21,2%. Gegenüber der letzten Mittelfristprognose vom Mai 2005 ergeben sich wegen der zusätzlich berücksichtigten Steuererhöhungen erhebliche Mehreinnahmen. Um diese bereinigt sind aber auf Grund der nun schwächer eingeschätzten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Summe Ausfälle zu verzeichnen, die auf 6 ½ Mrd € im Jahr 2009 steigen.

*Umfangreiche  
Steuer-  
erhöhungen*

Bei den von der Bundesregierung neu beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen spielen Steuererhöhungen (vgl. die Übersicht auf S. 58) eine besondere Rolle.<sup>11)</sup> Dabei kommt der Anhebung der Regelsätze von Umsatz- und Versicherungsteuer von 16% auf 19% das größte Gewicht zu. Daneben ergeben sich Mehreinnahmen aus der Beschränkung verschiedener Gestaltungsmöglichkeiten, der Kürzung von Freibeträgen und Pauschalen sowie der Abschaffung der Eigenheimzulage. Hier wäre ein umfassenderer Ansatz durchaus möglich. Außerdem werden die Aufkommenswirkungen durch die Schaffung neuer Sondertatbestände geschmälert, von denen sich die Regierung positive Impulse für Investitionen und Beschäftigung erhofft. Ob dieses Ziel hierdurch erreichbar ist und ob konjunkturpolitisch motivierte Maßnahmen überhaupt angezeigt sind, erscheint allerdings fraglich. Grundsätzlich sollte ein transparenteres Steuersystem angestrebt werden. Es wäre ein Schritt in diese Richtung, wenn die politisch gewünschte Förderung bestimmter



Sachverhalte – wie auch im jüngsten Subventionsbericht der Bundesregierung gefordert – über (zeitlich befristete) Transfers statt durch Vergünstigungen im Rahmen des Steuerrechts erfolgen würde.

### Bundshaushalt

Das Defizit des Bundes lag im ersten Quartal 2006 mit knapp 21 ½ Mrd € um 7 ½ Mrd € niedriger als zur gleichen Vorjahrszeit. Ausschlaggebend hierfür war ein sehr kräftiger Zuwachs der Einnahmen um gut 6 ½ Mrd €

*Defizit des  
Bundes-  
haushalts im  
ersten Quartal  
deutlich  
verringert, ...*

<sup>11</sup> Die Abschaffung der Eigenheimzulage für Neufälle und das Auslaufen für frühere Jahrgänge wird sich in einem höheren Kassenaufkommen der veranlagten Einkommensteuer niederschlagen, zu dessen Lasten die Auszahlung erfolgt. Im Gegensatz zur finanzstatistischen Abgrenzung wird die Eigenheimzulage in den VGR allerdings als Vermögenstransfer bei den staatlichen Ausgaben ausgewiesen.

(+14 ½ %). Das Steueraufkommen übertraf das Vorjahrsergebnis um 3 Mrd € (+7 ½ %), wozu auch um 1 Mrd € niedrigere Abführungen an den EU-Haushalt beitrugen, die von den Einnahmen abgesetzt werden. Die sonstigen Einnahmen stiegen um 3 ½ Mrd €. Allein die Gewinnausschüttung der Bundesbank übertraf mit fast 3 Mrd € das Vorjahrsergebnis um gut 2 Mrd €. Zudem wuchsen die Darlehensrückflüsse aus dem Ausland – wohl nicht zuletzt auf Grund der Vereinbarungen des Pariser Clubs – um 1 ½ Mrd €. Dagegen fiel der im letzten Jahr eingeführte Aussteuerungsbetrag der Bundesagentur für Arbeit, der sich nach dem Wechsel von vormaligen ArbeitslosengeldI-Empfängern in die Grundversicherung für Erwerbsfähige (ArbeitslosengeldII) bemisst, um gut ½ Mrd € niedriger aus. Auf der Ausgabenseite wurde ein Rückgang um 1 % verzeichnet. Dem Wegfall nachträglich verbuchter Arbeitslosenhilfeszahlungen im Januar 2005 in Höhe von 1 ½ Mrd € standen insgesamt Mehrbelastungen für das ArbeitslosengeldII und aus einer Nachzahlung von Subventionen für den Steinkohlenbergbau gegenüber. Entlastet wurde der Bundeshaushalt durch die entfallenen Liquiditätshilfen an die Bundesagentur für Arbeit.

Im Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2006 ist ein Defizit von 38 ½ Mrd € veranschlagt. Der Wiederanstieg um 7 Mrd € gegenüber dem Vorjahrsergebnis spiegelt insbesondere den geplanten Rückgang der Einnahmen aus Vermögensverwertungen um gut 9 Mrd € wider. Gegenüber dem Regierungsentwurf ist auf der Einnahmenseite gemäß der jüngsten Steuerschätzung ein Mehraufkommen von 1 ½ Mrd € zu erwarten.

Dagegen zeichnen sich beim Aussteuerungsbetrag der Bundesagentur für Arbeit Mindererinnahmen gegenüber dem Planansatz von fast 5 ½ Mrd € ab, nachdem im ersten Jahresviertel nur ¾ Mrd € zuflossen. Auch der für Beteiligungsveräußerungen veranschlagte Betrag von gut 6 ½ Mrd € könnte unterschritten werden, wenn die verbliebenen Telekom-Aktien des Bundes für spätere Haushaltsjahre zurückgehalten werden sollten. Auf der Ausgabenseite deuten sich erneut Risiken beim ArbeitslosengeldII an. Bei einer Fortschreibung der Ergebnisse des ersten Quartals drohen hier Mehrbelastungen von mehr als 2 Mrd € gegenüber dem Haushaltsansatz. Diese könnten allerdings durch geringere Ausgaben für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit und Zinsaufwendungen, die mit einem Disagio von 1 Mrd € vorsichtig veranschlagt scheinen, kompensiert werden. Alles in allem sollte aus heutiger Sicht das geplante Defizit trotz der Risiken erreicht werden können.

Die strukturelle Haushaltslage des Bundes dürfte sich im laufenden Jahr kaum verbessern. Trotz Vermögensverwertungen im Umfang von gut 16 Mrd € ist für 2006 geplant, die reguläre Kreditgrenze nach Artikel 115 GG um 15 Mrd € zu überschreiten. Dies wird von der Regierung mit der Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts begründet. Insgesamt gesehen ist es angesichts der gesamtwirtschaftlichen Aussichten für das laufende Jahr und vor dem Hintergrund der haushaltsrechtlichen Regelungen problematisch, dass erst ab dem kommenden Jahr eine nennenswerte Konsolidierung erfolgen soll. Neben den geplanten Konsolidierungsschritten ist für das Einhalten

*Erheblicher  
struktureller  
Konsolidie-  
rungsbedarf*

*... aber Haus-  
haltsentwurf  
sieht Wieder-  
anstieg im  
Gesamtjahr vor*

der Verschuldungsgrenze nach Artikel 115 GG bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums ein Rückgriff auf weitere Vermögensverwertungen vorgesehen, die aus ökonomischer Sicht Desinvestitionen darstellen. Nachdem der Bundesbesitz an Aktien der Postnachfolgeunternehmen bereits weitgehend verbraucht ist und eine Privatisierung der Deutschen Bahn kurzfristig nicht möglich sein dürfte, scheinen die Möglichkeiten für diese nicht nachhaltige Haushaltsfinanzierung eng begrenzt. Sollen weitere tendenziell wachstumsschädliche Steuererhöhungen vermieden werden, ist eine kritische Überprüfung aller Bundesleistungen erforderlich.

### Länderhaushalte

Die Länder<sup>12)</sup> verzeichneten im ersten Quartal ein Defizit von knapp 8 Mrd €. Gegenüber dem Vorjahrsquartal, als umfangreiche Beihilferückzahlungen von Landesbanken einmalige Entlastungen von per saldo 2 Mrd € brachten, bedeutet dies eine Abnahme um 1 Mrd €. Die Einnahmen übertrafen trotz des entfallenen Sondereffekts den Vorjahrsstand um 2 %. Mit einem Zuwachs von 8 ½ % glich allein das Steueraufkommen den Ausfall der Beihilferückzahlungen praktisch aus. Die Ausgaben wuchsen um knapp ½ %, obwohl der Vorjahrswert durch die Rekapitalisierung einer Landesbank (gut 1 Mrd €) besonders hoch war. Bei den Personalausgaben wirkte weiter dämpfend, dass der von Bund und Gemeinden geschlossene Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst nicht durch die Länder übernommen und auch die Beamtenbesoldung nicht entsprechend erhöht wurden. Zum Rückgang der Personalaufwendungen um

1 ½ % tragen aber auch Ausgliederungen von Einrichtungen wie Hochschulen oder Kindertagesstätten aus den Kernhaushalten einzelner Länder bei. In solchen Fällen werden Personalausgaben durch Zuschüsse ersetzt, deren Abfluss allerdings ein anderes Saisonmuster aufweisen kann. Somit sind die in einigen Ländern zum Jahresauftakt verzeichneten Entwicklungen bei den Personalaufwendungen und den sonstigen Ausgaben, die teils kräftig gestiegen sind, zu relativieren.

Die Haushaltsplanungen der Länder sahen vor der jüngsten Steuerschätzung nur eine moderate Rückführung der Defizite auf gut 23 Mrd € vor. Nachdem das Vorjahrsergebnis mit 24 Mrd € aber fast 3 Mrd € unter den Haushaltsansätzen geblieben war und die Steuerschätzung die Aufkommenserwartungen der Länder um 3 ½ Mrd € nach oben revidiert hat, könnte der Finanzierungssaldo auch im laufenden Jahr deutlich günstiger ausfallen als bisher geplant. Die erhebliche strukturelle Unterfinanzierung der meisten Länderhaushalte besteht aber weiterhin fort. So werden in den bisherigen Planungen für 2006 die verfassungsmäßigen Regelgrenzen der Neuverschuldung in Berlin, Bremen, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, dem Saarland und Schleswig-Holstein teilweise sehr deutlich überschritten. Baden-Württemberg, Hamburg und Rheinland-Pfalz setzen zu deren Einhaltung Vermögensveräußerungen ein. Bei den ostdeutschen Ländern halten die umfangreichen Bundesmittel zum Abbau teilungsbedingter Sonderlasten zwar die Neuverschuldung unter den Verfassungs-

*Weiterer Rückgang im Gesamtjahr möglich*

*Defizite der Länder bereits im ersten Quartal gesunken*

<sup>12</sup> Für das Saarland, das bisher keine Zahlen für 2006 gemeldet hat, wurden die Ergebnisse geschätzt.

grenzen. Der fast durchgehend zu beobachtende Einsatz von Teilen dieser Mittel zur allgemeinen Haushaltsfinanzierung steht aber nicht in Einklang mit der eigentlichen Zweckbestimmung. Insgesamt sind bei den Ländern somit erhebliche weitere Konsolidierungsschritte erforderlich, um die verfassungsmäßigen Kreditgrenzen strukturell einzuhalten.

### Gemeindehaushalte<sup>13)</sup>

*Bei Gemeinden weiterer Defizit-rückgang möglich*

Für die Gemeinden liegen bisher nur Zahlen für das Jahr 2005 vor. Danach sank das Defizit um 1½ Mrd € auf knapp 2½ Mrd €. Für das laufende Jahr scheint ein weiterer Defizit-rückgang möglich.

## Sozialversicherungen

### Rentenversicherung

*Gesetzliche Rentenversicherung mit deutlichem Beitragsmehr-aufkommen*

Für die gesetzliche Rentenversicherung liegen noch keine vollständigen Rechnungsergebnisse für das erste Quartal 2006 vor. Die verfügbaren Daten beschränken sich auf die Beitragseinnahmen, den größten Teil der Rentenausgaben und die Rücklagenveränderung. Die Beitragseinnahmen überschritten danach ihren Vorjahrswert um 15½%. Entscheidend hierfür war, dass im Januar nicht nur die Beiträge auf die Ende Dezember gezahlten Entgelte eingingen, sondern – infolge der verkürzten Abführungsfristen für die Sozialbeiträge – zusätzlich auch ein guter Teil der Beiträge auf die Ende Januar gezahlten Löhne und Gehälter. Allerdings überstiegen die Beitragseinnahmen im Januar 2006 ihren Vorjahrswert „nur“ um knapp 30%, weil offen-

sichtlich Unternehmen von der Möglichkeit Gebrauch gemacht haben, die Ende Januar fälligen Beiträge auf die folgenden sechs Monate zu verteilen. Die Rentenausgaben dürften – insbesondere auf Grund der unveränderten Rentenhöhe – kaum gestiegen sein. Insgesamt ist der Bestand an liquiden Mitteln gegenüber dem Jahresanfang um 3¾ Mrd € gestiegen.

Im Gesamtjahr ist mit einem kräftigen Überschuss zu rechnen, der die Rücklagen wieder über das gesetzliche Minimum von 0,2 Monatsausgaben hinaus wachsen lassen wird. Da 2007 die einmaligen Beitragsmehreinnahmen wieder entfallen und die Beitragszahlungen für Arbeitslosengeld II-Empfänger halbiert werden sollen, wird voraussichtlich eine deutliche Beitragssatzanhebung erforderlich sein, um auch Ende 2007 die Rücklagenuntergrenze einzuhalten. Die Bundesregierung erwartet einen Anstieg von 19,5% auf 19,9%.

*2007 Beitrags-satzerhöhung erforderlich*

### Bundesagentur für Arbeit

Die Bundesagentur für Arbeit verzeichnete im ersten Quartal einen Überschuss von gut 1½ Mrd €, nach einem Defizit von knapp 3 Mrd € ein Jahr zuvor. Von großem Gewicht waren – ebenso wie in der Rentenversicherung – Mehreinnahmen auf Grund der früheren Beitragsabführung durch die Arbeitgeber. Insgesamt wuchsen die Gesamteinnahmen um knapp 18%. Im weiteren Verlauf werden die Zuwachsraten aber wieder deutlich geringer ausfallen. Die Ausgaben blieben im ersten

*Einmalige Beitragsmehreinnahmen und deutliche Ausgaben-rückgänge*

<sup>13</sup> Eine ausführlichere Kommentierung der Entwicklung der Gemeindefinanzen findet sich in den Kurzberichten des Monatsberichts vom April 2006.

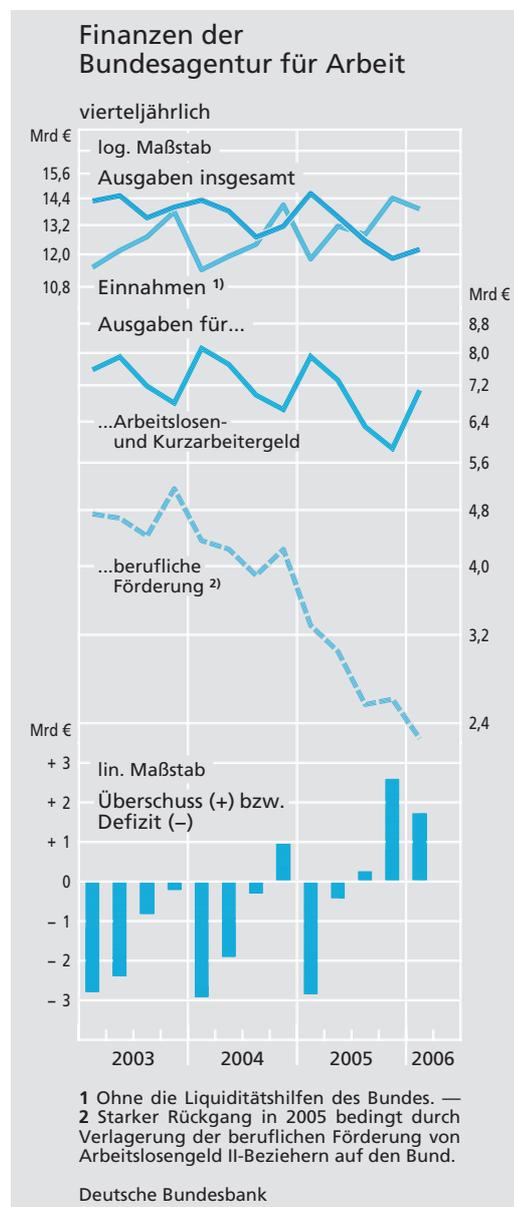
Quartal um insgesamt 16 ½% hinter ihrem Vorjahrswert zurück. Neben einem Rückgang um 10% beim Arbeitslosengeld wurden die Ausgaben für die aktive Arbeitsmarktpolitik nochmals deutlich reduziert. In beidem spiegelt sich die mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit verbundene Verlagerung von Leistungen der Bundesagentur zum steuerfinanzierten Arbeitslosengeld II und zu Fördermaßnahmen des Bundes wider. Hinzu kam, dass der Aussteuerungsbetrag, den die Bundesagentur zum Ausgleich für die Übernahme der Finanzierungsverantwortung durch den Bund zahlen muss, um gut ½ Mrd € niedriger ausfiel als die – allerdings außerordentlich hohe erstmalige – Zahlung im Vorjahrsquartal.

Für 2007  
Beitragssatz-  
senkung  
geplant

Für das Gesamtjahr sieht der Haushaltsplan der Bundesagentur einen Überschuss von 1,8 Mrd € vor. Aus heutiger Sicht ist aber mit einem merklich höheren Betrag zu rechnen. Der Überschuss soll 2007 mit dazu beitragen, die Beitragssatzsenkung von 6,5% auf 4,5% zu verkraften. Hinzu kommen zusätzliche Bundesmittel, die etwa dem Aufkommen aus einem Prozentpunkt der Erhöhung des Umsatzsteuerregelsatzes entsprechen, sowie größere Einsparungen beim Arbeitslosengeld I durch die dann finanzwirksam werdende Verkürzung der maximalen Bezugsdauer auf generell zwölf Monate (bzw. 18 Monate für über 55-Jährige). Diese wird in den nachfolgenden Jahren zu weiteren Entlastungen führen.

#### Gesetzliche Krankenversicherung <sup>14)</sup>

Bei der gesetzlichen Krankenversicherung ergab sich im Jahr 2005 ein Überschuss von



knapp 2 Mrd €, der sich gegenüber dem Vorjahr etwa halbiert hat. Im laufenden Jahr dürfte sich der finanzielle Druck auf Grund noch einmal merklich aufgestockter Bundeszuschüsse und der Maßnahmen zur Begrenzung der Arzneimittelausgaben in Grenzen

Gesetzliche  
Kranken-  
versicherung  
2005 mit  
halbiertem  
Überschuss

<sup>14</sup> Eine ausführlichere Darstellung der Finanzentwicklung der Kranken- und Pflegeversicherung erfolgte in den Kurzberichten des Monatsberichts März 2006.

halten. Da im Jahr 2007 der Bundeszuschuss deutlich reduziert werden soll und die Mehrwertsteuererhöhung zu Mehrausgaben führt,

drohen ohne weitere Maßnahmen spürbare Beitragssatzerhöhungen.